

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Regierungserklärung zum digitalen Wandel

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, eine Erklärung zu den Zielen und Maßnahmen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Gestaltung des digitalen Wandels abzugeben. Dabei sollen insbesondere die folgenden Politik- und Themenfelder berücksichtigt werden: Ausbau der Breitbandinfrastruktur, Unterstützung der Wirtschaft und insbesondere der IT-Branche, Open Government und Open Data, Bildung und Forschung, E-Government, Verkehr, Datenschutz und Sicherheit.

Jürgen Suhr, Johannes Saalfeld und Fraktion

Begründung:

Die Bedeutung des digitalen Wandels ist unbestritten. Der digitale Wandel verändert die Art und Weise, wie wir zusammenleben, wie wir arbeiten, wirtschaften und lernen. Das „Internet der Dinge“ und „Big Data“ sind die Schlagworte dieses Wandels. Der digitale Bauernhof ist ebenso greifbar, wie das selbstfahrende Auto und es ist völlig selbstverständlich, dass die Zahl der mit dem Internet verbundenen Geräte rasant ansteigt, die jede und jeder Einzelne heute nutzt.

Damit gehen zahlreiche Veränderungen, Chancen und Herausforderungen einher, auf die sich das Land strategisch einstellen muss. Dazu ist es dringend geboten, nicht nur die relevanten politischen Handlungsfelder zu identifizieren, sondern auch Handlungsempfehlungen daraus abzuleiten, damit Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig aufgestellt wird.

Die Große Koalition hat es bislang allerdings versäumt, sich im ausreichenden Maß mit dem digitalen Wandel und mit seinen Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern auseinanderzusetzen. Damit droht das Land von der digitalen Entwicklung abgehängt zu werden. Der Breitbandausbau wird vernachlässigt, es fehlt an Verlässlichkeit und Unterstützung für die IT-Branche, für die Hightech-Industrie und für junge, innovative Start-Up-Unternehmen. Open Government und Open Data sind der Landesregierung weitgehend unbekannt. Die Landesregierung arbeitet zwar zwischenzeitlich an einem E-Government-Gesetz, aber eine Gesamtstrategie fehlt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat in den vergangenen Jahren dem Landtag eine Reihe von Anträgen zur Gestaltung des digitalen Wandels vorgelegt, die ausnahmslos alle von der regierungstragenden Koalition aus SPD und CDU abgelehnt wurden (vgl. u. a. Drucksachen 6/3504, 6/3432, 6/2351, 6/2116, 6/370). Daher ist es nun an der Zeit, dass die Landesregierung vor dem Parlament erklärt, welche Ziele sie verfolgt und welche Maßnahmen sie ergreifen will, um den digitalen Wandel für Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich zu gestalten.